



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Französisch später, jedoch intensiver

Der Regierungsrat spricht sich für die Verschiebung des Französischunterrichts an die Orientierungsschule aus. Er entspricht damit dem Anliegen einer Volksinitiative, welche den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule auf eine Sprache beschränken will. Der Regierungsrat betont, dass damit das Französisch gestärkt werden soll, indem Massnahmen vorgesehen sind, die gewährleisten, dass die Sprachkenntnisse am Ende der obligatorischen Schulzeit mindestens gleich gut oder besser sein sollen wie heute: Mit mehr Lektionen und einem verbindlichen Sprachaufenthalt soll das Französisch an der Orientierungsschule intensiviert werden. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass diese Massnahmen den nationalen Zusammenhalt stärken.

Der heutige Fremdsprachenunterricht in Nidwalden orientiert sich an der Sprachenstrategie der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Diese sieht vor, dass die ersten beiden Fremdsprachen in der Primar spätestens ab der 3. beziehungsweise ab der 5. Klasse unterrichtet werden. In Nidwalden werden die Schülerinnen und Schüler seit 1996 ab der 5. Klasse in Französisch und seit 2005 ab der 3. Klasse in Englisch unterrichtet (Modell 3/5). Damit hat im laufenden Sommer der dritte Jahrgang mit Fremdsprachenunterricht gemäss EDK-Sprachenstrategie die obligatorische Schule verlassen.

Erarbeitung eines breit abgestützten Berichts

In den vergangenen Jahren wurde – nicht nur in Nidwalden – Kritik laut, dass zwei Fremdsprachen an der Primarschule viele Schülerinnen und Schüler überforderten und den Sprachen ein zu grosses Gewicht gegeben werde. Ein Postulat von Landrat Christian Landolt, Beckenried und Landrat Armin Odermatt, Büren, welches der Landrat mit Beschluss vom 25. September 2013 einstimmig verabschiedete, verlangte die Erarbeitung eines breit abgestützten Berichts zum Fremdsprachenunterricht und insbesondere zum Französisch an der Primarschule. Im April 2014 wurde darüber hinaus die Volksinitiative zur Teilrevision des Volksschulgesetzes eingereicht. Sie fordert, dass künftig nur noch eine Fremdsprache an der Primarschule unterrichtet wird.

Zu den Erkenntnissen aus Forschung und Wissenschaft stellt der Regierungsrat fest, dass Effekte des Alters auf das Fremdsprachenlernen schwer auszumachen sind. Dies aufgrund verschiedenster Zusatzfaktoren, die bei allen bisherigen Untersuchungen berücksichtigt werden müssten. Deshalb führe die Verwendung von wissenschaftlichen Ergebnissen für oder gegen das frühe Lernen einer Fremdsprache oft zu widersprüchlichen Aussagen. Eine Studie zum Deutsch- und Fremdsprachenunterricht im Modell 3/5 in der Zentralschweiz habe 2009 allerdings grundsätzlich positive Resultate ergeben.

Weiter bezieht sich der Regierungsrat in seinem Bericht auf die Ergebnisse verschiedener Umfragen im Kanton Nidwalden. Diese zeigen, dass seitens der Lehrpersonen eine eher kritische Haltung gegenüber dem heutigen Fremdsprachenunterricht an der Primarschule vorherrscht. Von Seiten der Lehrbetriebe werden allgemein bessere Leistungen in der schriftlichen Kommunikation auf Deutsch gewünscht und die Sprachkenntnisse in Englisch werden als wichtiger eingestuft als in Französisch. Auch die Erziehungsberechtigten nehmen gegenüber dem Französisch an der Primarschule eine eher kritische Haltung ein.

Französisch-Unterricht erfolgt später, jedoch umso intensiver

Der Regierungsrat legt nun in Erfüllung des Postulats einen Bericht vor, der die Situation rund um den Französischunterricht an der Primarschule analysiert und er nimmt in einem zweiten Bericht Stellung zur Fremdspracheninitiative. Dabei folgt er im Wesentlichen den Hauptargumenten des Initiativkomitees. Diese umfassen neben der Überforderung der Kinder die Vernachlässigung von Deutsch als Erstsprache, die Sprachlastigkeit der Primarschule auf Kosten anderer Fächer wie den Naturwissenschaften sowie die grosse Herausforderung für die Lehrpersonen. Der Regierungsrat betont, dass das Französisch nicht geschwächt werden soll. Im Gegenteil: Der Französisch-Unterricht soll mit mehr Lektionen an der Orientierungsschule sowie einem verbindlichen Sprachaufenthalt deutlich intensiviert werden. Damit wäre Nidwalden der erste Kanton, der auf Volksschulebene alle Schülerinnen und Schüler zum Sprachaustausch verpflichtet. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass die Lernenden des Kantons Nidwalden mit diesen Massnahmen am Ende der obligatorischen Schulzeit in Französisch mindestens über das gleiche oder sogar ein höheres Niveau als die Lernenden aus Kantonen im Modell 3/5 verfügen. Aus Sicht des Regierungsrates soll durch diese Massnahmen auch der wichtige nationale Zusammenhalt gestärkt werden.

RÜCKFRAGEN

Res Schmid, Bildungsdirektor, Telefon 041 618 74 01, erreichbar am 27. August 2014 zwischen 10.30 – 12 Uhr.

Stans, 27. August 2014